

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Bernhard Henter (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Schließung der französischen Garnison in Saarburg

Die **Kleine Anfrage 1361** vom 8. April 2008 hat folgenden Wortlaut:

Jüngsten Pressemitteilungen (Trierischer Volksfreund und SWR jeweils vom 7. April 2008) zufolge befürchtet die Stadt Saarburg den bevorstehenden Abzug der französischen Soldaten und die Schließung der dortigen Garnison. Hintergrund eines möglichen Abzuges dort seien nach Aussagen des SWR Einsparpläne der französischen Regierung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung Planungen der französischen Regierung über einen möglichen Abzug der französischen Soldaten und eine Schließung der Garnison in Saarburg authentisch (also über die Presseverlautbarungen hinaus) bekannt?
2. Welche Auswirkungen hätten die Planungen für die Stadt, die Verbandsgemeinde Saarburg sowie den Landkreis Trier-Saarburg (zivile Arbeitskräfte, Gebäude-, Liegenschaftsnutzung, wirtschaftliche Folgen)?
3. Welche Schritte hat die Landesregierung bisher unternommen bzw. wird die Landesregierung unternehmen, um eine Schließung der Saarburger Garnison zu verhindern? Ist hierbei der Ministerpräsident auch persönlich bereit, entsprechende Gespräche mit den entscheidenden Stellen in Paris (Staatspräsident, Verteidigungsminister) zu führen, um die rheinland-pfälzische Situation zu erläutern und den Abzug zu verhindern?
4. Welche konkreten Alternativplanungen im Sinne vorsorgender Konversionspolitik hat die Landesregierung für den Fall der Schließung der Saarburger Garnison vorgesehen bzw. entwickelt und ist sie bereit bzw. sieht sie sich in der Lage, in den nächsten Jahren wesentliche finanzielle Beiträge zur Konversion und zur strukturellen Entwicklung in der Saarburger Region zu leisten?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat – u. a. auf der Grundlage von Informationen des Bundesministeriums der Verteidigung und der französischen Streitkräfte – die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 29. April 2008 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die Landesregierung hat sofort auf die Medienberichte reagiert und bereits am 7. April 2008 sowohl die Bundeswehr, Wehrbereichskommando II in Mainz, als auch die französischen Streitkräfte, Außenstelle der territorialen Kommandos der in Deutschland stationierten französischen Streitkräfte und des zivilen Gefolges in Donaueschingen, um Stellungnahmen gebeten. Darüber hinaus wurde das Bundesministerium der Verteidigung ebenfalls um Auskunft ersucht.

Herr Ministerpräsident Kurt Beck hat sich in persönlichen Schreiben an den Bundesminister der Verteidigung und den Botschafter der Republik Frankreich in Deutschland gewandt und um Aufklärung gebeten sowie klar Position zum Wunsch nach Weiterbestand des Standortes Saarburg bezogen. Die Kommunal- und Abgeordnetenebene wurde ebenfalls vom Ministerpräsidenten informiert und wird auch zukünftig auf dem Laufenden gehalten werden.

Das Bundesministerium der Verteidigung und die französischen Streitkräfte haben mitgeteilt, dass im Rahmen der „Révision Générale des Politiques Publiques“ (RGPP) im gesamten öffentlichen Dienst Frankreichs Einsparungen durch Personalreduzierungen erzielt werden sollen. Vorgabe des Premierministers für den Verteidigungsbereich ist die Einsparung von 54 000 Dienstposten. Vor diesem Hintergrund wird im französischen Verteidigungsministerium ein neues Stationierungskonzept erarbeitet. Zeitgleich wird ein Weiß-

b. w.

buch zur Neuausrichtung der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erarbeitet, von dem ebenfalls Vorgaben für den Umfang der französischen Streitkräfte zu erwarten sind, die Einfluss auf Stationierungsentscheidungen haben könnten. Dieses Weißbuch, das für zehn Jahre gelten soll, wird voraussichtlich am 19. Mai 2008 vorgestellt werden.

Zu 2.:

Nach der am 17. April 2008 zugeleiteten gemeinsamen Stellungnahme der Stadt und Verbandsgemeinde Saarburg sowie des Landkreises Trier-Saarburg hat die französische Garnison in Saarburg Auswirkungen auf die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Struktur in der Stadt und Verbandsgemeinde. Hierbei werden als wesentliche Kerndaten aufgeführt:

- militärisches Personal: ca. 1 200 Soldaten incl. Offiziere;
- zuzüglich ca. 800 Familienangehörige;
- Zivilbeschäftigte: 40 Arbeiter und Angestellte mit zum Teil geringer Qualifikation;
- ca. 30 % der Bewohner der Stadt Saarburg sind Angehörige der französischen Streitkräfte.

In einer Zusammenfassung wird seitens der Stadt, Verbandsgemeinde sowie des Landkreises zudem auf Folgendes hingewiesen: Die wirtschaftliche Gesamtsituation in der Verbandsgemeinde Saarburg und insbesondere der Stadt Saarburg lässt einen Verzicht auf die Wirtschaftskraft der französischen Garnison nicht zu.

Bei einem ersatzlosen Abzug der französischen Streitkräfte würde dem Saarburger Raum jährlich ein direktes Einkommen von mindestens 4,6 Mio. € und indirekte wie induzierte Arbeitsplätze verloren gehen. Damit verbunden wären Auftrags- und Einkommenseinbußen insbesondere beim örtlichen Einzelhandel und dem regionalen Handwerk.

Zu 3.:

Die Landesregierung wartet die Antworten auf die Schreiben (siehe zu 1.) ab und wird sodann über weitere adäquate Schritte entscheiden. Sie wird alles tun, um den Standort Saarburg zu halten und zu sichern. Falls notwendig und aussichtsreich ist auch eine persönliche Intervention des Ministerpräsidenten in Paris nicht ausgeschlossen.

Zu 4.:

Im Falle der Garnisonsschließung würde die Landesregierung ihr bewährtes Konversionsinstrumentarium einsetzen. Erfahrungsgemäß wären Maßnahmen der Standort- und Raumkonversion sowie der Beschäftigungs- und Wohnungskonversion geeignete Mittel, um den individuellen, strukturellen und wirtschaftlichen Folgen dieser Entscheidung wirksam begegnen zu können.

Karl Peter Bruch
Staatsminister